

FDP

Die Liberalen

Presseinformation

Nr. 199 / 2014

Kiel, Mittwoch, 7. Mai 2014

Hochschule / Lehrerbildung

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Christopher Vogt, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Christopher Vogt: Wer das Lehrerbildungsgesetz noch vor der Sommerpause durchs Parlament prügeln will, versündigt sich am Hochschulstandort Schleswig-Holstein

Zum aktuellen dpa-Interview von Wissenschaftsministerin Professor Dr. Waltraud Wende erklärt der Stellvertretende Vorsitzende und hochschulpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Christopher Vogt**:

„Mit ihrem heutigen dpa-Interview macht die Wissenschaftsministerin die ohnehin schon verworrene und unhaltbare Situation für den Hochschulstandort Schleswig-Holstein nur noch schlimmer. Der Krisengipfel – der laut der Ministerin jedoch nicht so heißen darf – kann nur scheitern, weil sich a) Frau Wende als Mediatorin durch ihr bisheriges Agieren selbst disqualifiziert hat und b) weil sie von ihrer Linie keinen Zentimeter abzuweichen bereit ist. Welchen Sinn hat dann ein solches Gespräch, wenn das universitäre Organisationsmodell der Ministerin angeblich das einzig Richtige ist und deshalb nicht verändert werden darf? Die Fronten haben sich wegen der Pläne von Frau Wende verhärtet und es ist logisch, dass an diesen Plänen etwas verändert werden muss, um die Fronten wieder aufzubrechen. Hierzu ist aber Frau Wende offenkundig nicht bereit.

Es ist schon beispiellos starrsinnig, wie die Ministerin an ihrem ideologisch verbrämten Ziel festhält, den Sekundarstufenlehrer auf Biegen und Brechen durchzusetzen. Wahrscheinlich hat die in den ‚Lübecker Nachrichten‘ dargestellte inhaltliche Abweichung der grünen Fraktionsvorsitzenden von Kalben die Bildungsministerin noch nicht erreicht, wenn sie den Vorschlag der CAU in der hier präsentierten Art und Weise abkanzelt.

Die Behauptung der Ministerin, Kiel werde nichts weggenommen, wird sich im Übrigen bald als falsch herausstellen: Die deutlich über den komplett unseriösen Finanzplanungen des Ministeriums liegenden Kosten durch den Um- und Neubau von Gebäuden an der Uni

Flensburg werden natürlich durch Kürzungen bei anderen Universitäten gegenfinanziert – also auch in Kiel. Mit diesen überflüssigen Doppelstrukturen schadet die zuständige Ministerin dem Hochschul- und Wissenschaftsstandort Schleswig-Holstein insgesamt und – vor allem – nachhaltig.

Die FDP-Fraktion hält an ihrer Forderung fest: Es bedarf eines Neustarts bei dieser wichtigen Frage für das Land. Ein ernsthafter Dialog im Rahmen eines Runden Tisches mit allen Beteiligten ist unausweichlich, damit am Ende ein Ergebnis herauskommt, das über eine Legislaturperiode hinaus trägt. Wer jetzt an dem von der Ministerin vorgegebenen Zeitplan festhält und den unausgegorenen Gesetzentwurf durchs Parlament prügelt, versündigt sich am Hochschulstandort Schleswig-Holstein.

Der Alternativvorschlag der FDP-Fraktion liegt jetzt auf dem Tisch (Drs. 18/1856). Wir erwarten eine ernsthafte und sachorientierte Auseinandersetzung mit diesem Gesetzentwurf.“